

Klimakonferenz Kopenhagen: Erfolg ein politisches Muss

Berlin, 12. November 2009



Eric Heymann
Branchenanalyse

Think Tank der Deutsche Bank Gruppe

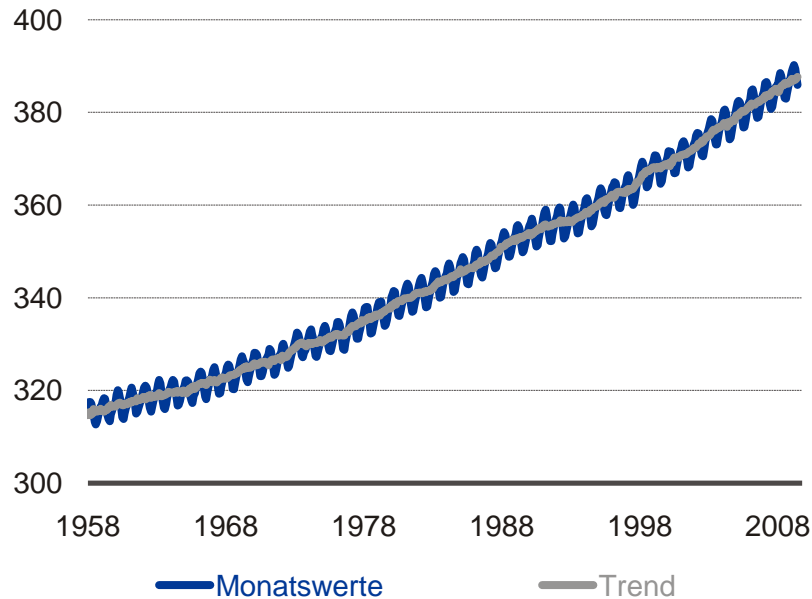
Deutsche Bank Research



Das Problem ist erkannt

CO₂-Konzentration steigt

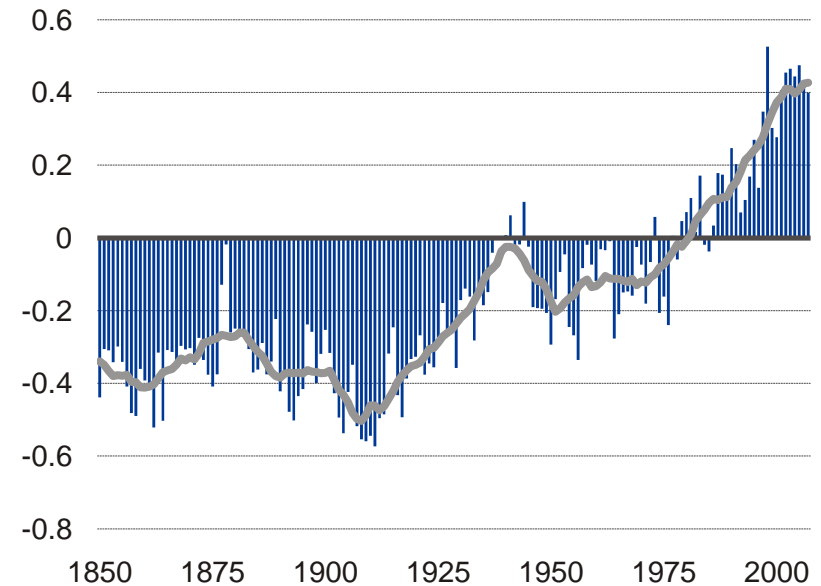
CO₂-Konzentration auf Mauna Loa (Hawaii) in Teile pro Million (ppm)



Quelle: Mauna Loa Observatory

Es wird wärmer auf der Erde

Abweichung der glob. Durchschnittstemp. vom Mittelwert 1961-1990 in °C



Quelle: Climate Research Unit

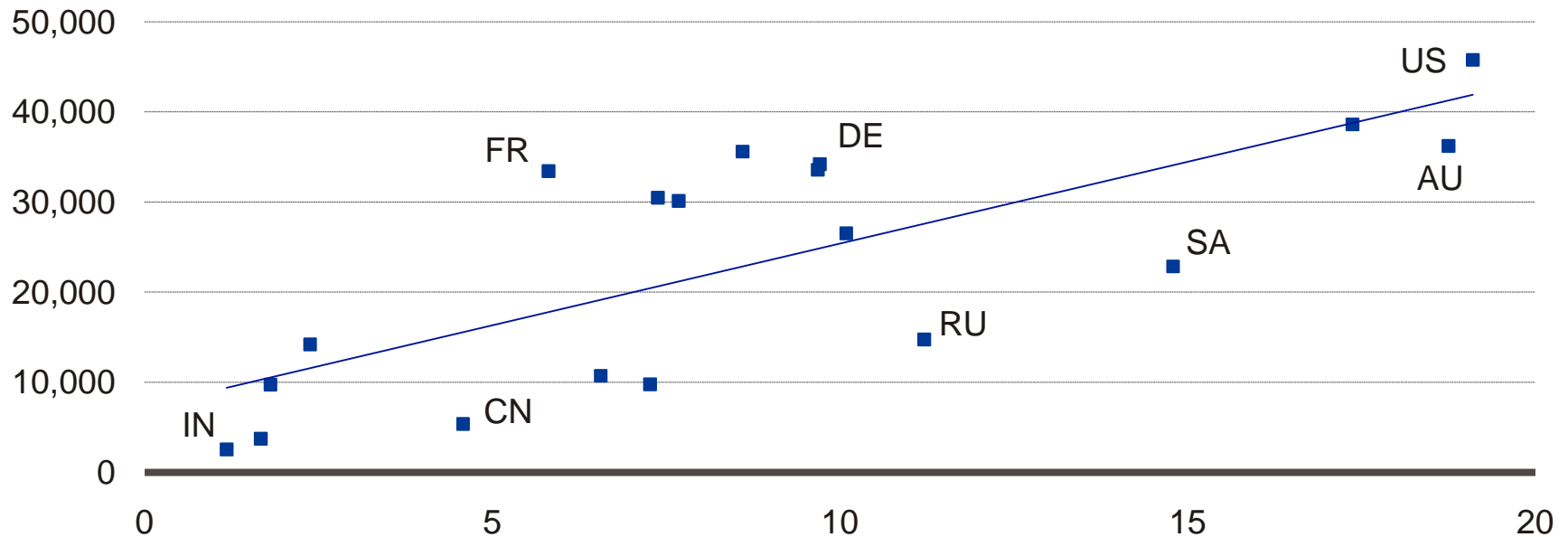


Das Kerndilemma der Klimapolitik auf einen Blick

Reiche Länder haben hohen CO₂-Ausstoß

X-Achse: CO₂-Emissionen pro Kopf, Tonnen, 2007

Y-Achse: BIP pro Kopf in USD in Kaufkraftparitäten, 2007



Quellen: Internationale Energieagentur, Internationaler Währungsfonds



Klimakonferenz in Kopenhagen (COP 15) ist Meilenstein in der internationalen Klimapolitik

- COP 15 zählt zu wichtigsten und komplexesten Klimakonferenzen in Historie
- Die Signale im Vorfeld sind nicht eindeutig:
 - Neue US-Regierung hat Stellenwert der Klimapolitik in den USA erhöht
 - Aber Gesetzesvorhaben zur Reduktion der Treibhausgasemissionen um rd. 80% bis 2050 (gg. 2005) „hängt“ im Senat; Verabschiedung vor COP 15 nicht wahrscheinlich (US-Repräsentantenhaus hat im Sommer 2009 zugestimmt)
 - Auf dem G8-Gipfel 2009 verständigten sich wichtige Länder auf das 2°C-Ziel
 - Aber keine Aussagen zu Zwischenzielen, konkreten Maßnahmen oder Lastenteilung
 - China hat 2009 erstmals eigene quantitative Reduktionsziele ins Gespräch gebracht
 - Aber erhebliche Finanztransfers als Vorbedingung
 - EU-Umweltminister legten sich kürzlich auf Reduktion um 80 bis 95% bis 2050 fest
 - Aber Einigung über Lastenteilung in weiter Ferne
 - Konferenzen zur Vorbereitung von COP 15 (in Bonn, Bangkok und Barcelona) verliefen – gemessen an den hohen Erwartungen – enttäuschend; „Klima-Mikado“



Lang- und mittelfristiges Reduktionsziel für globale Emissionen von Treibhausgasen (THG) oberste Priorität

- Naturwissenschaftler fordern, die globalen THG-Emissionen bis 2050 um rd. 80% (gg. 2000) zu senken, um Temperaturanstieg auf 2°C zu begrenzen
- Höhepunkt bei globalen Emissionen soll zudem vor 2020 überschritten werden
- Industrieländer müssen größeren Beitrag leisten
 - Entwicklungs- und Schwellenländer fordern von Industrieländern eine Reduktion um 25 bis 40% bis 2020 (gegenüber 1990)
 - Dies wäre anspruchsvolleres Ziel, als es sich die EU setzt; USA weniger ambitioniert
- Auch von Entwicklungs- und Schwellenländern werden Zusagen verlangt
 - Quantitative Reduktionsziele vorerst nicht zu erwarten (geringe Pro-Kopf-Verbräuche)
 - Nationale Klimastrategien oder Begrenzung des Wachstums der Emissionen sind wahrscheinlicher (und wünschenswert)
- Formulierung eines anspruchsvollen Reduktionsziels und angemessener Zwischenziele ist wohl größte Herausforderung bei COP 15



Emissionshandel sollte gestärkt werden

- Emissionen können dort reduziert werden, wo es am wenigsten kostet
 - Aus Erfahrungen des EU ETS lernen und bestehende Systeme harmonisieren
 - Emissionszertifikate sind grundsätzlich zu auktionieren; Wettbewerbsaspekte müssen aber beachtet werden
 - Ausdehnung des Instruments auf möglichst viele Länder und Branchen ist ökonomisch und ökologisch sinnvoll (Transaktionskosten beachten)
- Auch pragmatische Gründe sprechen für den Emissionshandel: das Instrument existiert bereits; Alternativen nicht in Sicht oder wenig effektiv:
 - Ausschließlich nationale Minderungsmaßnahmen zu unverbindlich
 - Wahrscheinlichkeit einer politischen Durchsetzbarkeit und ökologische Effektivität einer „Global Carbon Tax“ gering
- Die projektbezogenen Mechanismen CDM und JI sollten verbessert und weiterentwickelt werden; NAMAs als neue Hoffnungsträger? (siehe Glossar)



Technologie- und Finanztransfers notwendig

- Entwicklungs- und Schwellenländer verlangen technologische und finanzielle Unterstützung auf ihrem Weg in eine klimafreundlichere Zukunft
- Ohne konkrete Zusagen werden diese Länder keinem Abkommen zustimmen
- Finanztransfers von den reichen an die armen Länder in Höhe von USD 100 bis 150 Mrd. pro Jahr sind in der Diskussion
 - Das wäre mehr als die gesamte Entwicklungshilfe aller OECD-Länder
- Aktuelle Rezession verringert Handlungsspielraum auf Jahre
- Viele weitere offene Fragen
 - Welchen Beitrag müssen die einzelnen Geberländer leisten, und nach welchen Kriterien richtet sich das?
 - Wer sind die Empfänger und welche Faktoren spielen hierbei eine Rolle?
 - Wie kann gewährleistet werden, dass die Finanzmittel auch in den Klimaschutz fließen?



Land- und Forstwirtschaft verdienen mehr Beachtung

- Auf LULUCF entfallen rd. 30% der anthropogenen THG-Emissionen
- Abholzung und Brandrodung setzen sich weiter fort; pro Jahr geht weltweit eine Waldfläche in der Größe der Benelux-Staaten verloren
- Abholzung vermeiden (Stichwort: REDD) oder Aufforstung unterstützen sind relativ einfache und günstige Möglichkeiten, THG-Emissionen zu reduzieren
- Arme Länder mit hohen Waldbeständen benötigen finanzielle Anreize, um Abholzung einzudämmen und Aufforstung zu fördern
 - Wälder zu schützen, muss lukrativer werden, als sie zu zerstören
 - Direkte Zahlungen?
 - Integration in den Emissionshandel?
 - Wie kann Missbrauch verhindert werden? Was ist ein Wald?
- Schutz der Wälder hat positive Effekte für Artenvielfalt sowie lokale und globale Wasserkreisläufe



Anpassungsmaßnahmen berücksichtigen

- Viele Naturwissenschaftler befürchten, dass 2°C-Ziel nicht mehr erreicht wird
- Die negativen Folgen des Klimawandels werden immer augenfälliger
 - Extreme Wetterereignisse richten schon heute große Schäden an
 - Probleme bei der Wasserversorgung nehmen in vielen Regionen der Erde zu
- Warum sollte man also noch weitere Jahre warten, bevor man effektive Anpassungsmaßnahmen gerade in ärmeren Ländern ergreift?
- Anpassung ist schon heute an vielen Stellen sinnvoll
 - Besserer Küstenschutz
 - Investitionen in Wasserversorgung und Abwasserentsorgung
 - Anpassung der landwirtschaftlichen Produktion an Klimaänderungen
- Erneute wichtige Frage: Wer bezahlt und wer erhält die Unterstützung?
- Trade-off zwischen Vermeidung und Anpassung



Fazit: Fehlschlag in Kopenhagen unwahrscheinlich


- Angesichts der enormen Herausforderungen und offener Detailfragen kann man für Kopenhagen eigentlich nicht optimistisch sein
- Aktuelle Wirtschaftskrise verkleinert politischen Handlungsspielraum auf Jahre
- Aber: Regierungen werden von einer wachsenden Zahl „klimasensibler“ Wähler kritisch begleitet; Fehlschlag in Kopenhagen daher politisch kaum zu vermitteln; hohe Eigendynamik während COP 15 möglich
- In Kopenhagen dürfte es zu einem Kompromiss kommen, der als Schritt in die richtige Richtung interpretiert werden kann
- Ob aber der Schritt auch aus ökologischer Sicht groß genug sein wird oder zeitnah weitere Schritte nach sich zieht, bleibt aus heutiger Sicht fraglich
- Abschließendes Abkommen in Kopenhagen unwahrscheinlich; weitere Verhandlungen sollten im Jahr 2010 folgen



Mehr auf www.dbresearch.de

Aktuelle Themen 463

Energie und Klimawandel

Deutsche Bank Research 

Klimakonferenz Kopenhagen: Erfolg ein politisches Muss

23. Oktober 2009

Klimakonferenz im Dezember. In Kopenhagen findet Anfang Dezember die 15. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention statt. Diese Konferenz gehört zu den wichtigsten und komplexesten in der Historie der Klimaverhandlungen. Ziel ist es, ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll zu erreichen. Es gibt eine Vielzahl von Konfliktpotenzialen. Damit in Kopenhagen ein Durchbruch in der Klimapolitik gelingen kann, sollte bei folgenden Kernthemen besonders intensiv auf eine Einigung hingearbeitet werden:

Globales Reduktionsziel für Treibhausgase setzen. Ein langfristiges Reduktionsziel für Treibhausgase mit mittelfristigen Zwischenzielen sollte formuliert werden. Es geht um eine Verringerung der globalen Emissionen um rd. 60% bis 2050. Industriestaaten müssen sich strengere Reduktionsziele setzen als Entwicklungs- und Schwellenländer. Das Minimalziel sollte sein, sich auf eine Begrenzung des Temperaturanstiegs auf der Erde auf 2°C zu verständigen.

Emissionshandel stärken. Der Emissionshandel ist ein Erfolg versprechendes Instrument in der internationalen Klimaschutzpolitik. Bestehende Handelssysteme gilt es zu harmonisieren, und aus den Fehlern des EU-Emissionshandels sollten Lehren gezogen werden. Eine Erweiterung des Instruments auf möglichst viele Länder und weitere Branchen ist ökonomisch und ökologisch sinnvoll.

Technologie- und Finanztransfer forcieren. Die Position der Entwicklungs- und Schwellenländer ist klar: Ohne Hilfen aus den entwickelten Ländern werden sie keinem Abkommen zustimmen. In der Diskussion stehen Transfers in Höhe von USD 100 bis 150 Mrd. pro Jahr, die von den reichen an die armen Länder fließen sollen – mehr als die Entwicklungshilfe aller OECD-Staaten.

Emissionen aus Land- und Forstwirtschaft stärker berücksichtigen. Auf sie entfallen rd. 30% der globalen Treibhausgasemissionen. Finanzielle Anreize, um die Vernichtung gerade tropischer Regenwälder einzudämmen oder Aufforstung zu unterstützen, könnten viel zum Klimaschutz beitragen.

Anpassungsmaßnahmen aufnehmen. Da die negativen Folgen des Klimawandels in den nächsten Jahren immer mehr zu spüren sein werden, sollten in Kopenhagen nicht nur Maßnahmen zur Verhinderung des Klimawandels, sondern auch Anpassungsmaßnahmen und deren Finanzierung in den Fokus rücken.

Skepsis angebracht. Angesichts der enormen prinzipiellen Herausforderungen und offener Detailfragen fällt es schwer, für Kopenhagen optimistisch zu sein. Die Wirtschaftskrise hat den politischen Verhandlungsspielraum verkleinert. Da aber die Regierungen in den meisten Ländern von einer wachsenden Zahl „klimasensibler“ Wähler kritisch begleitet werden, ist ein Fehlschlag in Kopenhagen politisch kaum zu vermitteln und somit auch nicht zu erwarten. So könnte es in Kopenhagen zu einem Kompromiss kommen, der als Schritt in die richtige Richtung interpretiert werden kann. Ob der Schritt aus ökologischer Sicht aber groß genug sein wird oder bald weitere Schritte nach sich zieht, bleibt aus heutiger Sicht fraglich.

www.dbresearch.de

Autor
Eric Heymann
+49 69 910-31730
eric.heymann@db.com

Editor
Tobias Just

Publikationsassistentin
Sabine Berger

Deutsche Bank Research
Frankfurt am Main
Deutschland
Internet: www.dbresearch.de
E-Mail: marketing.dbr@db.com
Fax: +49 69 910-31877

DB Research Management
Norbert Walter



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Kontakt:
Eric Heymann
Tel.: +49 69 910-31730
E-Mail: eric.hey mann@db.com

© Copyright 2009. Deutsche Bank AG, DB Research, D-60262 Frankfurt am Main, Deutschland. Alle Rechte vorbehalten. Bei Zitaten wird um Quellenangabe „Deutsche Bank Research“ gebeten.

Die vorstehenden Angaben stellen keine Anlage-, Rechts- oder Steuerberatung dar. Alle Meinungsäußerungen geben die aktuelle Einschätzung des Verfassers wieder, die nicht notwendigerweise der Meinung der Deutsche Bank AG oder ihrer assoziierten Unternehmen entspricht. Alle Meinungen können ohne vorherige Ankündigung geändert werden. Die Meinungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen von der Deutsche Bank veröffentlichten Dokumenten, einschließlich Research-Veröffentlichungen, vertreten werden. Die vorstehenden Angaben werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Angemessenheit der vorstehenden Angaben oder Einschätzungen wird keine Gewähr übernommen.

In Deutschland wird dieser Bericht von Deutsche Bank AG Frankfurt genehmigt und/oder verbreitet, die über eine Erlaubnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht verfügt. Im Vereinigten Königreich wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG London, Mitglied der London Stock Exchange, genehmigt und/oder verbreitet, die in Bezug auf Anlagegeschäfte im Vereinigten Königreich der Aufsicht der Financial Services Authority unterliegt. In Hongkong wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG, Hong Kong Branch, in Korea durch Deutsche Securities Korea Co. und in Singapur durch Deutsche Bank AG, Singapore Branch, verbreitet. In Japan wird dieser Bericht durch Deutsche Securities Limited, Tokyo Branch, genehmigt und/oder verbreitet. In Australien sollten Privatkunden eine Kopie der betreffenden Produktinformation (Product Disclosure Statement oder PDS) zu jeglichem in diesem Bericht erwähnten Finanzinstrument beziehen und dieses PDS berücksichtigen, bevor sie eine Anlageentscheidung treffen.



Glossar

- CDM (Clean Development Mechanism): Investitionen von Industrieländern in Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern, mit denen Emissionszertifikate generiert werden können; im Kyoto-Protokoll aufgeführt
- JI (Joint Implementation): Investitionen von Industrieländern in Klimaschutzprojekte in anderen Industrieländern, mit denen Emissionszertifikate generiert werden können; im Kyoto-Protokoll aufgeführt
- LULUCF (Land Use, Land Use Change and Forestry): Der Begriff umfasst klimarelevante Maßnahmen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft
- NAMAs (National Appropriate Mitigation Actions): Hiermit werden „national angemessene Minderungsmaßnahmen“ (der Entwicklungs- und Schwellenländer) zusammengefasst; Ursprung bei Klimakonferenz in Bali 2007
- REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation): Projekte im Bereich Forstwirtschaft, bei denen es um vermiedene Entwaldung geht

